

Griechenland:

Volksabstimmung gegen EU-Diktat

EU untersagt höhere Besteuerung von Profiten und fordert weitere Rentenkürzungen

Am 27.6.15 kam es zum Knall. Nach Monaten der Erpressung gingen die EURO-Finanzminister zur offenen Konfrontation über und schmissen den griechischen Finanzminister einfach raus, nachdem dieser sich geweigert hatte, das Diktat der EURO-Gruppe zu akzeptieren und ein Referendum ankündigte. Demokratie? Das geht für die Banken und Konzerne überhaupt nicht.

Zuvor war die griechische Regierung den Erpressern weit entgegen gekommen. So hatte sie neue Rentenkürzungen vorgeschlagen. Dabei ist von 2009 bis 2013 das Rentenniveau für Neurentner in Griechenland um über ein Drittel gesunken.

Doch der EURO-Gruppe, allen voran Deutschland, der EZB und dem IWF waren die Kürzungen nie genug. Sie achteten vor allem darauf, dass die Reichen nicht angetastet werden. So hatte die griechische Regierung eine 12%ige Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne von mehr als 0,5 Millionen Euro vorgeschlagen. Eigentlich im Interesse der Gläubiger. So könnten die Schulden eher gezahlt werden. Doch die Geldgeber verlangten die Streichung! Sie wollten weitere Rentenkürzungen!

Hier zeigt sich deutlich, dass es um Klasseninteressen, um die Interessen des Kapitals geht.

Laut einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung haben die ärmsten Haushalte in Griechenland durch die „Hilfsmaßnahmen“ der EU, EZB und des IWF rund 86% ihres Einkommens verloren, die reichsten nur 17-20%! Zugleich ist die Steuerlast für die ärmsten Einkommensbezieher um 337% gestiegen, für die reichsten um 9%! Die Kluft zwischen arm und reich wächst.

Die Klassennatur all dieser Maßnahmen ist offensichtlich. Dreist werden die Reichen geschont und die Armen geschöpft. Das ist der Sinn all der „Hilfen“. Griechenland ist ein Testgelände für die aggressiven Zumutungen des Kapitals. Hier wird probiert, wie tief man die Arbeiterklasse und ein Volk erniedrigen kann.

Heute Griechenland – morgen wir!

Natürlich werden diese Maßnahmen, wenn sie erfolgreich aufgezwungen wurden, dann als „Beispiel“ für andere Länder herangezogen werden, um dort Kürzungen und Steuererhöhungen zu erpressen. Wer glaubt, die Ereignisse in Griechenland hätten mit ihm nichts zu tun und träfen die „faulen Griechen“, der wird bald aufwachen, wenn auch von ihm mit Hinweis auf das niedrige Lohnniveau und die niedrigeren Sozialausgaben in Griechenland zur Erhaltung der „Konkurrenzfähigkeit“ kräftige Einschnitte gefordert werden.

Solidarität mit den griechischen Arbeitern und dem Volk!

Unsere griechische Bruderorganisation „Bewegung für die Reorganisation der KP Griechenlands (1918-1955)“ erklärte:

„Der Vorschlag des Ministerpräsidenten, ein Referendum durchzuführen, in dem das Volk entscheidet, ob es die von den imperialistischen Kreditgebern geforderten Maßnahmen akzeptiert oder nicht, gibt dem griechischen Volk die Gelegenheit, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen und diese zerstörerischen Maßnahmen abzulehnen.“

Die Bewegung für die Reorganisation der KP Griechenlands (1918-1955) ruft das Volk auf, an dem Referendum teilzunehmen und die Maßnahmen zurückzuweisen.“

Wir treten für das Recht des griechischen Volkes ein, frei und demokratisch über seinen Weg zu entscheiden. Wir unterstützen daher das geplante Referendum und wenden uns gegen die Hetze und alle Versuche, das Referendum zu verhindern.

Zugleich fordern wir die Streichung aller

Auslandsschulden, die nicht vom griechischen Volk, sondern seiner korrupten herrschenden Klasse aufgenommen wurden und auch in deren Taschen und in die Taschen der großen europäischen Banken und Monopole wanderten.

Die Kampfkraft der Arbeiter und des Volkes entscheidet!

Wir sind froh, dass die jetzige Regierung Griechenlands, auch wenn sie links-sozialdemokratisch ist, sich gegen die imperialistischen Zumutungen wehrt, egal wie weit sie dabei geht und wie viele Kompromisse sie schließt. Wenn die SPD in Deutschland nur halb so eine Haltung wie Syriza hätte, wäre das ein Wunder. Doch die Sozialdemokratie in Deutschland ist ein heruntergekommener Diener des Imperialismus.

Aber Regierungen sind nicht das Entscheidende im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Entscheidend ist die Kampfkraft der Arbeiter und des Volkes! Wer sich nur auf Verhandlungen, die Regierung oder Führer verlässt, der ist verlassen. Nur wer aktiv in die Arena des Klassenkampfes eintritt und nach Kräften kämpft, kann etwas erreichen.

Daher rufen wir alle Kolleg/innen auf, in Gewerkschaften, Schulen, Universitäten, überall eine klare Position der Solidarität zu ergreifen. Wir müssen verlangen, dass sich die Gewerkschaften gegen die imperialistische Erpressung aussprechen, dass sie die Streichung der Schulden fordern, dass sie keine weiteren Lohn- und Rentenkürzungen in Griechenland akzeptieren. Wir müssen die Menschen gegen die katastrophale Politik von Merkel, Gabriel und Schäuble und des deutschen Kapitals mobilisieren, die bei einem von ihnen selbst als möglich betrachteten ökonomischen Zusammenbruch von den Arbeiter/innen und dem Volk ausgebadet werden muss.

Solidarität mit der griechischen Arbeiterklasse und dem Volk!

Streichung der griechischen Staatsschulden!

Keine weiteren Lohn- und Rentenkürzungen in Griechenland!

ARBEIT ZUKUNFT

www.arbeit-zukunft.de

Von unserer Zeitung „Arbeit Zukunft“ können 2 kostenlose Probenummern angefordert werden. Ein Abonnement kostet 12 Euro/ Jahr. Erscheint alle 2 Monate. Anschrift/ E-Mail: siehe Impressum.